A8NEU2

Antrag

Initiator*innen: Christine Harttmann

Titel: **Kohleausstieg beschleunigen**

Antragstext

Dass der mit RWE ausgehandelte Kohle-Kompromiss die Räumung des Dorfes Lützerath nicht verhindern konnte, bedauern wir, die Mitglieder des Stadtverband München, außerordentlich. Wir hätten uns eine andere Lösung gewünscht.

Den Bundesvorstand und unsere Mandatsträger:innen fordern wir nun dazu auf, dass sie sich für ein möglichst schnelles Ende der Kohleverstromung einsetzen. Der Erhalt von Dörfern, Landschaft und Infrastruktur soll mit einem früheren Ausstieg aus der Kohleverbrennung vereinbar sein. Unser oberstes Ziel muss aber lauten: **bei allen Verhandlungen mit Energieversorgern liegt die Priorität darauf, dass insgesamt weniger Kohle gefördert und verbrannt wird, als bis dahin geplant.** Ein früherer Ausstieg muss ohne jeden Zweifel mit weniger geförderter Kohle verbunden sein. **Diese entscheidende Bilanz muss fundiert und die Zahlen transparent und nicht auslegebar sein**, um Streit mit unseren außerparlamentarischen Verbündeten auszuschließen und Vertrauen zurück zu gewinnen.

Ein Kohleausstieg bis spätestens 2030 muss das Ziel sein. Bei der Rekultivierung der Kohlegruben müssen Umweltverträglichkeit und Biodiversität im Vordergrund stehen, damit Flora und Fauna dort neuen Lebensraum findet. Die ökologische Neugestaltung muss einzig im Sinne des Klimaschutzes und der Naherholung geplant werden, um die Schäden durch die dort geförderte Kohle maximal möglich auszugleichen und um den Menschen ihr Land zurückzugeben.

Begründung

Die Grundwerte Grüner Politik waren immer auch mit der Klima- und Umweltbewegung verbunden. Sowohl das Pariser Klimaabkommen als auch der Koalitionsvertrag, den die Mitglieder der Partei in einer Urabstimmung angenommen haben, sind eine Verpflichtung zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels. Gerade deswegen muss das Bestreben Grüner Politik sein, so viel Kohle wie möglich im Boden zu lassen und so wenig Kohle wie möglich zu verbrennen. Das gilt für jede Kohleregion.

Im Rheinland hat zwar der Deal, der mit RWE ausgehandelt wurde, die Menge der Braunkohle, die noch abgebaggert werden darf, halbiert. Dennoch geht es um zusätzliche 280 Millionen Tonnen Kohle, die im Boden bleiben oder auch nicht, oder – anders ausgedrückt – 280 Millionen Tonnen CO2, die emittiert werden oder auch nicht.

Wird diese Kohle abgebaggert und verbrannt, kann das – das belegen mehrere wissenschaftliche Studien – darüber entscheiden, ob Deutschland sein 1,5 Grand Ziel einhält oder nicht.

Ein Drittel der Deutschen Kohle kommt allerdings aus der Lausitz. Hier entscheidet sich ebenfalls, ob wir das 1,5 Grad-Ziel einhalten oder nicht. Und auch hier verlieren mit der Zwangsumsiedelung Menschen ihre Heimat.

Unterstützer*innen

Ulrich Martini (KV München), Benedikt Lemnitzer (KV München), Sebastian Leininger (KV München), Barbara Jungfer (KV München), Lorenz Stradtner (KV München), Arnost Stanzel (KV München), Johannes Reichel (KV München), Karoline Köster (KV München), Dorothee Stinshoff-Kraus (KV München), Margit Saar (KV München), Arne Brach (KV München), Georg Ashton (KV München), Bernd Schreyer (KV München)